

Bismarcks Innenpolitik zur Absicherung der Herrschaft gegen liberale Bestrebungen

Gliederung:

1. Einleitung
2. Bismarcks Amtsantritt
3. Bismarcks Verhältnis zum Preußischen König
4. Gründung eines Nationalstaates als Ergebnis von außenpolitischen Erfolgen
5. Bismarcks Reichsverfassung
6. Bismarcks Innenpolitik
 - 6.1. Wirtschaftliche Maßnahmen
 - 6.2. Kulturelle Maßnahmen
 - 6.3. Soziale Maßnahmen
7. Bismarcks Abdankung
8. Bismarck als Realpolitiker und geschickter Koalierer
 - 8.1. Bismarck und die Nationalliberalen
 - 8.2. Bismarck und die Konservativen
 - 8.3. Bismarck und die Sozialdemokraten
9. Zusammenfassung

1. Einleitung

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 blieb Deutschland ein lockerer Staatenbund. Das Ziel, dass Deutschland ein Nationalstaat wird, war nicht erreicht worden. Die Ursachen für das Scheitern war vor allem die fehlende Führung, da es zu viele unterschiedliche Interessen der Trägergruppen der Revolution gab. Auch hatte die Nationalversammlung, die die Aufgabe hatte, eine Verfassung zu erstellen, sich zu großen Problemen zu stellen in zur kurzer Zeit. Sie mussten zum Beispiel klären, wie groß der Nationalstaat sein soll, also eine Klein-, Großdeutsche Lösung oder eine Lösung mit Österreich und wer an der Spitze dieses Nationalstaates stehen soll. In der Zeit konnten sich die Adeligen erholen und haben zum militärischen Gegenschlag ausgeholt und die Revolutionäre unterdrückt und haben die Revolution zum Scheitern gebracht. Nun wetteiferten im Deutschen Bund Österreich und Preußen um die Vorherrschaftsstellung.

Einen wichtigen Einfluss hatte dabei der preußische Innenminister Bismarck, der das Ziel, welches sich die Revolutionäre der 48er Revolution als Ziel gesetzt haben, nämlich Deutschland zu einem Nationalstaat zu machen, erreichen wird. Dadurch würde Preußen sich nun zu einer gewissen Vormachtstellung herausheben. Doch zunächst muss man erst einmal wissen wie Bismarck überhaupt Innenminister in Preußen wurde und um die besondere, vor allem einmalige, Beziehung zwischen Bismarck und dem damaligen Preußischen König Wilhelm I. zu verstehen.

2. Bismarcks Amtsantritt

1858 kam Wilhelm der Erste in Preußen an die Macht. Er regierte gemäß der Verfassung und berief liberale Minister in sein Kabinett. Ein besonderes Anliegen war, das Heer zu vergrößern um seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen. Die Notwendigkeit dieser Heeresreform zweifelte niemand ernsthaft an, denn im Gegensatz zu den Streitkräften der anderen Großmächte war die preußische Armee seit 1815 kaum gewachsen. Die offiziell bestehende Wehrpflicht war nur noch auf dem Papier gültig, wurde jedoch nicht ernsthaft ausgeführt. Die Liberalen wären damit einverstanden gewesen, die schon seit längerem andauernden Bemühungen die Landwehr an die reguläre Armee heranzuführen, zu genehmigen. Doch der König und die Regierung sahen durch die Forderungen der Liberalen ihre Unabhängigkeit in einem der wichtigsten Bereiche der königlichen Gewalt in Frage gestellt: das „Königsherr“ durften unter keinem Umständen zu einem „Parlamentsheer“ werden. Das Abgeordnetenhaus sah dagegen seine verfassungsmäßigen Mitbestimmungsrechte, insbesondere sein Budgetrecht, missachtet.

Der preußische Außenminister Albrecht von Roon legte aus diesem Grund 1860 einen Reformentwurf vor, der vorsah, die Präsenzstärke des stehenden Heeres in Friedenszeiten zu erhöhen, den Wehrdienst von zwei auf drei Jahre zu verlängern und die Landwehr zu schwächen. Da der König den von den Liberalen vorgeschlagene Heeresreform abgelehnt hatte, verstärkte dies die Kritik der Liberalen am König, da er den Reformentwurf Albrecht von Roons zugestimmt hatte, und sie verweigerten ihm für diese Reform weitere Mittel. So wurde im März 1862 das Parlament aufgelöst und eine neue Regierung gebildet. Dabei erhoffte der König sich, dass die Reformgegner – die neu gegründeten „Fortschrittsparteien“ – keine Mehrheit bekamen. Jedoch gingen diese in den Neuwahlen als Sieger hervor, während die Zahl der konservativen Abgeordneten stark abnahm. So erwog der derzeitige preußische König einen Rücktritt zu Gunsten seines Sohnes. Der damalige Außenminister Roon sah als einzigen Ausweg, Bismarck zum Ministerpräsident zu ernennen, um den Thronwechsel zu verhindern. Mit einem Eiltelegramm „Periculum in mora. Dépêchez-vous!“ („Gefahr im Verzuge. Beeilen sie sich!“) wurde Bismarck nach Berlin zurückgerufen.

Am 22. September 1862 wurde Bismarck vom König empfangen. Er gab sich als unbedingten Gefolgsmann aus und versprach die Durchsetzung der Heeresreform, notfalls auch gegen den Mehrheitsbeschluss des Kabinetts. Er betonte auch die grundlegende Bedeutung dieser Auseinandersetzung, um die Entscheidung zwischen „königlichem Regiment oder Parlamentsherrschaft“ zu kämpfen. Zugleich vereinte Bismarck gleich zwei Stützen des preußischen Staates in sich. Zum einen stammten sein Vater aus altem Gutsherrenadel und seine Mutter aus einer gelehrten Familie. Zum anderen hatte Bismarck als preußischer Gesandter am Frankfurter Bundestag, in St. Petersburg und Paris politische Erfahrung gesammelt. Auch bleibt Bismarck z.B. bei der 48er- Revolution oder in als Abgeordneter in der Zweiten Preußischen Kammer, treuer Monarchist. Der König war von Bismarcks Entschlossenheit beeindruckt und ernannte Bismarck noch im selben Jahr zum Ministerpräsident und Außenminister.

3. Bismarcks Verhältnis zum Preußischen König

Auf Grundlage dieser Ernennung bildete sich ein einmaliges Verhältnis zwischen Ministerpräsident und König aus. Bismarck schuf sich eine außergewöhnliche Vertrauensstellung bei Wilhelm I. und verschaffte sich dadurch eine Blankovollmacht, ihm im Gegensatz zu anderen Ministern einen weitaus größeren Handlungsspielraum gab. Bismarck blieb zwar während seiner Amtszeit ein Konservativer, allerdings ein pragmatisch handelnder Politiker. Ideale, Theorien und Prinzipien waren nicht vorrangig. Daher kann man zu Recht Bismarck als einem „Realpolitiker“ bezeichnen. Das Wichtigste waren für ihn die Interessen des Staates. Daraus ergibt sich die Expansion des preußischen Einflussbereiches als ein maßgebliches Ziel. Bismarck war der Meinung, dass der preußische Großmachtsanspruch nur dann zu bewahren und durchzusetzen war, wenn man eine hegemoniale Stellung in Europa erreichen konnte – welche man nur zu Lasten Österreichs durchsetzen konnte und wofür die Zustimmung oder zumindest das Dulden der europäischen Mächte not-

wendig war. Bismarck vertraute darauf, dass sich seine außenpolitischen Erfolge in Zukunft auf seine Innenpolitik günstig auswirken würden. Aufgrund seiner konservativen Haltung, wollte er die Monarchie und den Obrigkeitsstaat ebenso erhalten, wie die besondere Stellung des Militärs und des Adels. Die Macht des Staates hatte für ihn oberste Priorität.

4. Gründung eines Nationalstaates als Ergebnis von außenpolitischen Erfolgen

Um nun die vom König geforderte Heeresreform durchzuführen, behauptete er, dass es eine Verfassungslücke gäbe. Nach seiner Aussage müsse die Regierung auch dann handeln (dürfen), wenn es zwischen dieser und dem Parlament zu keiner Einigung komme, um so das Staatsleben vor dem Stillstand zu bewahren. Obwohl die preußische Verfassung einen solchen Fall nicht vorsah, erklärte Bismarck die Situation zur oben genannten Verfassungslücke und setzte die Heeresreform ohne parlamentarische Zustimmung durch.

Nach dem Durchsetzen der Heeresreform in Preußen widmete sich Bismarck außenpolitisch einem neuen Ziel: Der Vormachtstellung von Preußen und dabei Deutschland als einen Nationalstaat zu schaffen. Dies wurde durch „Eisen und Blut“ herbeigeführt, denn 3 Kriege führten zur Einigung des Deutschen Reiches:

1. Krieg durch Preußen
 - 1864 Deutsch-Dänische Krieg (Preußen+Österreich → Dänemark)
 - Sieg; Schleswig und Holstein werden durch Preußen und Österreich verwaltet
2. 1866 Preußisch-Österreichische Krieg
 - Ziel: Österreich besiegen und aus Deutschem Bund zu vertreiben
 - 1866 Österreich verliert, Preußen organisiert DB neu (lösen ihn auf)

Es kam 1864 zur kriegerischen Auseinandersetzung der beiden Großmächte Preußens und Österreich gegen Dänemark um die Zugehörigkeit von Schlesien und Holstein zum Deutschen Bund. Nach der Konfrontation verzichtete Dänemark schnell auf seine Ansprüche. Preußen besetzte nun Schleswig, Österreich hingegen Holstein.

Der Streit um die Verwaltung der besetzten Gebiete führte recht schnell zur Konfrontation zwischen Preußen und Österreich. 1866 kämpfte Preußen mit der verbündeten kleineren norddeutschen Staaten gegen Österreich, die von den kleinen süddeutschen Staaten unterstützt worden sind. Österreich unterlag Preußen bei Königgrätz in Nordböhmen. Österreich stimmte der Auflösung des Deutschen Bundes zu und Preußen durfte Deutschland alleine neu gestalten. Österreich war damit bei der Bildung des deutschen Nationalstaates ausgeschlossen.

Nach dem Sieg über Österreich wollte sich Bismarck im Nachhinein für sein Vorgehen in der Auseinandersetzung mit dem Abgeordnetenhaus Straffreiheit sichern. Mit der Annahme der Indemnitätsvorlage¹ erkannte der Ministerpräsident das Budgetbewilligungsrecht des Parlaments an. Er gestand damit ein, die Verfassung einseitig ausgelegt zu haben. Im Gegenzug wurde ihm bescheinigt, dass er in dieser Ausnahmesituation nicht anders handeln könne. Dies war ein Versuch Bismarcks zur Aussöhnung mit den Liberalen. Die Indemnitätsvorlage wurde am 3. September 1866 mit 250 zu 75 Stimmen angenommen, der Verfassungskonflikt war damit beendet. Die Liberalen spalteten sich an der Indemnitätsvorlage. Während die Fortschrittspartei die Vorlage ablehnte, billigte die sich nun bildende Nationalliberale Partei nachträglich die von Bismarck durchgesetzte Heeresreform und stimmte auf einen Kurs einer kleindeutschen Reichseinigung zu. Die Mitglieder der Nationalliberalen setzten darauf, dass die baldige Schaffung eines Nationalstaates geradezu zwingend eine Parlamentarisierung nach sich ziehen würde.

¹ http://www.calsky.com/lexikon/de/txt/i/in/indemnita_tsvorlage.php

1867 Gründung des Norddeutschen Bundes

→ alle Staaten nördlich der Mainlinie unter Führung Preußen

3. 1870/1871 Deutsch-Französische Krieg

- 1. Etappe – 1870 – Verteidigung Preußen

→ Sieg Preußen → Frankreich bricht zusammen

- 2. Etappe – Krieg fortgesetzt bis 28.1.1871

→ Sieg von Preußen → Deutschland erhält Elsaß Lothringen + 5 Milliarden Gold

Als Ergebnis des Krieges mit Österreich vereinte er alle norddeutschen Staaten mit Preußen zum „Norddeutschen Bund“, welches nun alle Staaten nördlich der Mainlinie waren. Die Süddeutschen Staaten waren lediglich wirtschaftlich über den Zollverein und durch geheime Militärbündnisse (Schutz- und Trutzbündnisse) verbunden, die sie unterem dem Eindruck französischer Gebietsanforderungen am Rhein geschlossen hatten.

In Frankreich betrachtete man die Entwicklung in Deutschland mit Sorge. Kaiser Napoleon III. wollte nur ungern Deutschlands Einigung hinnehmen, da er Gebietskompensationen befürchtete. Anlass für den folgenden Krieg war der unbedeutende Konflikt um die Thronnachfolge in Spanien. Zum einen bestand ein Thronanspruch von Frankreich, zum anderen hatte man der katholischen Linie des Hauses Hohenzollern ein Anspruch unterbreitet. Am 18. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg. Aufgrund der Bündnisse schlossen sich die Süddeutschen Staaten mit den Norddeutschen Staaten zusammen und marschierten gegen Frankreich. Schon am 2. September 1870 geriet nach der Schlacht bei Sedan der französische Kaiser in Gefangenschaft und Frankreich gab sich geschlagen.

So am 18. Januar 1871 kam es im Spiegelsaal von Versailles zur „Kaiserproklamation“. Sie markiert die Gründung des Deutschen Kaiserreichs.

5. Bismarcks Reichsverfassung

Dieses neu gegründete „Deutsche Reich“ hatte eine Reichsverfassung, die für Bismarck weitere Innenpolitik entscheidend waren.

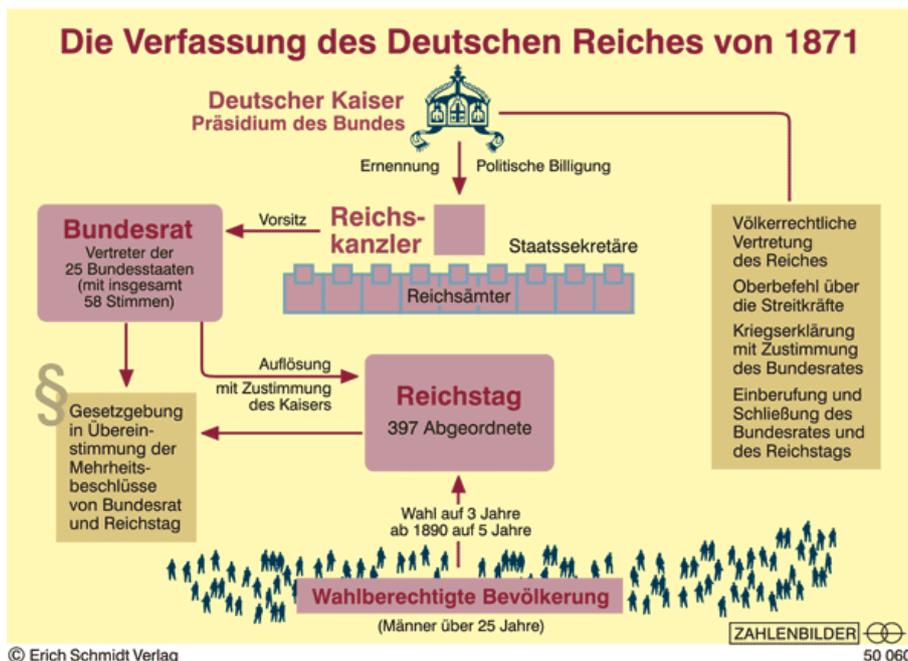


Abb.: Die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs von 1871

Es gab einen unauflösbaren Verein aus 22 Monarchen und 3 freien Städten. Der König von Preußen war gleichzeitig immer der Deutsche Kaiser, dieser Titel wurde erblich weitergegeben. Dieser hatte das Recht, Bündnisse und Verträge abzuschließen und Krieg und Frieden zu erklären. Des Weiteren hatte er den Oberbefehl über das Heer und die Flotte, konnte den Reichsrat einberufen und ernannte die Mitglieder der Reichsregierung und den Reichskanzler.

Diese Position wurde automatisch Bismarck als Innenminister von Preußen zuteil. Dadurch erhielt er den Vorsitz im Reichsrat, in dem die Vertreter der verschiedenen Länderregierungen tagten. Dem Reichsrat mussten alle Gesetzesvorschläge dargelegt werden, die der Reichstag entwarf. Reichstag und Reichsrat bestimmten dadurch die Innenpolitik des Reiches. Hier sind bereits Ansätze einer Aufteilung der Staatsmacht auf drei Gewalten erkennbar. Der Reichstag und der Reichsrat bilden zusammen die Legislative, die Exekutive ist der Kaiser, und das Reichsgericht übernimmt die Judikative. Der Reichstag wird vom Volk durch eine allgemeine, geheime, direkte und gleiche Wahl zusammengesetzt – Frauen erhalten jedoch vorerst kein Wahlrecht.

Diese Ansätze eines demokratischen Wahlrechts sind als sehr positiv zu werten. Jedoch hat der Reichskanzler (in diesem Fall Bismarck) zu große Macht, da er Gesetze erlassen kann. Auch dem Kaiser wird übermäßig viel Macht zuteil, da er immun gegen die Handlungen von Reichstag und Reichsrat ist. In der langjährigen Zusammensetzung zwischen Bismarck und dem Kaiser lässt sich ein gutes Indiz für die Einigkeit zwischen beiden finden, da der Kaiser jederzeit das Recht hatte, ihn als seinen Reichskanzler zu entlassen. Aufgrund der bisherigen Erfolge Bismarcks und der gemeinsamen Ideale von der Erhaltung der Monarchie und der Sicherung der Macht des Königs von Preußens und des Kaisers der Deutschen zeigte der Kaiser Bismarck jedoch größtes Vertrauen und verließ sich auf die Arbeit des Reichskanzlers.

6. Bismarcks Innenpolitik

Bismarcks Wirken und Schaffen in seiner Innenpolitik kann man grob in drei Bereiche einteilen. In seiner Amtszeit ergriff er wirtschaftliche, kirchliche und soziale Maßnahmen.

6.1. Wirtschaftliche Maßnahmen

In Folge der Industriellen Revolution, die im 19. Jahrhundert begann, kam es zu den Gründerjahren von 1871 bis 1873. Dabei wurden Unternehmen/Banken/usw. in großer Zahl neu gegründet (z.B. große Banken: Dresdner Bank, Deutsche Bank). Des Weiteren wurden auch Fabriken und Aktiengesellschaften gegründet und es entstanden Branchen rund um Kohle, Erz, Elektrizität, Chemie und Bauwesen. Durch diesen technischen Fortschritt kam es zu einem Produktionsanstieg und einer Überproduktion. Die Gründerjahre endeten im Jahre 1873 im sogenannten „Gründerkrach“. Aufgrund des Konkurrenzkampfes, der zu hohen Produktion und der Tatsache, dass es billigere Materialien im Ausland gab und die Produkte dort billiger hergestellt werden konnten, gingen viele Unternehmen im Deutschen Reich bankrott. Doch nicht nur in Deutschland sondern weltweit brachen viele Finanzmärkte zusammen, welche 1875 im Börsenkrach endeten. So entstanden starke wirtschaftliche Schwankungen.

Im Laufe der Jahre von 1871 bis 1878/79 setzte Bismarck einige Wirtschaftsreformen durch, um die Wirtschaft stabilisieren zu können. Darunter waren auch die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, ein einheitliches Patentrecht, die Einführung der Mark und die Gründung der Reichsbank. 1875 wurde ein einheitliches Maß-, Gewichts- und Finanzsystem geschaffen. Ebenso führte Bismarck 1879 die Schutzzölle ein. Der Reichstag verabschiedete mit knapper Mehrheit mit den Stimmen der Konservativen die Einführung von Schutzzolltarifen und die Erhöhung der Tabaksteuer – also eine Luxussteuererhöhung. Dadurch trat die Wende vom wirtschaftspolitischen Liberalismus (Freihandelslehre) zum Protektionismus und Konservatismus ein. Die Schutzzölle sollten die Einfuhr billiger Waren aus dem Ausland verhindern und dadurch die einheimische Wirtschaft fördern. Sie bewirkten, dass die Kosten für inländische Erzeugnisse aus Landwirtschaft und Industrie und dadurch natürlich auch die Lebenshaltungskosten stiegen.

6.2 Kulturelle Maßnahmen

Außerdem kam es unter Bismarck zu einem „Kulturkampf“ der zwischen der katholischen Kirche und dem Staat ausgetragen wurde. Nachdem das Deutsche Reich erst wenige Monate alt war, sah Bismarck die Staatsinteressen durch die 1870 gegründete katholische Zentrumsparterie ernsthaft bedroht. Dieser Partei unterstellte er eine feindliche Gesinnung gegenüber dem preußisch-protestantischen Reich und verdächtigte sie, Befehlsempfänger des Papstes zu sein (Ultramontanismus)². Dadurch verkündete 1870 das Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensfragen und Papst Pius IX. verlangte, dass die von ihm exkommunizierten Gegner dieses Dogmas aus dem Staatsdienst entfernt werden müssten. Diese Maßnahmen nahm Bismarck zum Anlass, gegen die Katholische Kirche vorzugehen. Er begründete diese Entscheidung folgendermaßen:

„Die Frage, in der wir uns befinden, ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum. Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt vorschwebte, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche.

Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muss so gefunden werden, dass der Staat seinerseits bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.“ (Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 11, Berlin 1929, S. 289-290)

So setzte Bismarck mit Unterstützung der Liberalen eine Reihe weit reichender Maßnahmen durch. Diese Politik bezeichnet man heute als Kulturkampf, weil sie der kulturellen Freiheit des Staates gegenüber der Kirche dienen soll. Zusammen mit den Liberalen setzte Bismarck im Parlament den sogenannten „Kanzelparagraphen“ durch, der es Geistlichen verbot, bei Predigten staatliche Angelegenheiten „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ zu erörtern. Die Geistliche Aufsicht über die katholischen Schulen wurde in Preußen durch staatliche ersetzt, der Jesuitenorden im ganzen Reich verboten. Wer nun ein geistliches Amt übernehmen wollte, wurde staatlich geprüft. 1874 war nun die standesamtliche Eheschließung die einzig gültige vor dem Gesetz (Zivilehe). Als jedoch die von Bismarck beabsichtigte Schwächung des Zentrums und damit der katholischen Kirche nicht eintrat und nun ein eher noch bedrohlicher „Staatsfeind“ auftrat, nahm er 1878 die meisten seiner Maßnahmen wieder zurück. Der Grund dafür war, dass 1878 ein neuer Papst an der Macht war. Es kam zu einer Verständigung zwischen Bismarck und diesem neuen Papst und im Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen wurden die kirchenfeindlichen Beschlüsse wieder abgestellt.

6.3 Soziale Maßnahmen

Bismarcks soziale Maßnahmen hatte man in der Geschichte als „Zuckerbrot und Peitsche“ bezeichnet. Von Anfang an hatte Bismarck die Anhänger der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ als Reichsfeinde gesehen, weil sie einen sozial-demokratischen Staat, gegen Bismarcks Bestreben

, anstrebten. Als im Frühling 1878 zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. verübt wurden, nutzte Bismarck diese günstige Gelegenheit und rief zum „Vernichtungskrieg“ gegen die Sozialdemokratie auf, der er die Attentate beschuldigte. So verabschiedete im Herbst 1878 der Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und Liberalen das „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, welches auch als „Sozialistengesetz“ bekannt geworden ist und in der Metapher seiner Sozialpolitik durch die Peitsche symbolisiert wird. Mit diesem Gesetz verhängte Bismarck ein Versammlungsverbot und Presseverbot

² im 19. Jahrhundert in Frankreich aufgekommene Bezeichnung für den päpstlichen Absolutismus; im Kulturkampf Schlagwort für die wirkliche oder vermeintliche Fernsteuerung des deutschen politischen Katholizismus durch die römische Kurie.

und wies die führenden Sozialdemokraten aus dem Reichstag aus; jedoch blieb die SAPD als Partei bestehen. Die Polizei schikanierte und verfolgte außerdem die Verstoßenen und es kam sogar zu Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Urteilsprüchen gegen Mitglieder der SAPD. Jedoch gründete die SAPD viele kleine Parteien und hielt ihre Versammlungen so verdeckt ab. Durch das Unwirksam werden des Sozialistengesetzes wurde es 1890 wieder aufgehoben. Ebenfalls in diesem Jahr nannte sich die SAPD zur SPD – Sozialistische Partei Deutschlands, um.

Die Aufhebung dieser Gesetze war eine Folge der Machtübernahme Wilhelm des Zweiten, der nun der neuer Deutscher Kaiser war und die „Sozialistengesetze“ wieder aufhob. Nach Bismarcks Entlassung 1890 verlängerte Wilhelm II. das Sozialistengesetz nicht: Er war zunächst auf Ausgleich mit der Arbeiterbewegung bedacht. Die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes führte 1890 zur Neugründung der SAP als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Sie wurde vor dem Ersten Weltkrieg die mit Abstand mitgliederstärkste Partei und stellte 1912 erstmals auch die stärkste Reichstagsfraktion. In der Zeit der Sozialistengesetze, schweißte nur die Unterdrückung der Arbeiterklasse die Mitglieder zusammen und machte sie radikaler. Nachdem 1890 sich keine Mehrheit im Reichstag fand, um das „Sozialistengesetz“ zu verlängern, wurde bei den Neuwahlen die SPD mit 1,5 Millionen Stimmen zur stimmstärksten Partei Deutschlands. Auch schlug Bismarck kurz nach Beginn der Verfolgung der Sozialdemokraten eine neue Sozialpolitik ein. Er wollte das, was die Sozialdemokraten zu erkämpfen versuchten, den Arbeitern als freiwillige soziale Fürsorge gewährleisten. So konnte er im Reichstag gegen die Stimmen der SAPD und Linksliberalen die Versicherungsgesetze gegen Krankheit (1883), Unfall (1884) und Alter und Invalidität (1889) durchbringen. Diese Versicherungen bezeichnete man als das „Zuckerbrot“. Die Beiträge hatten Arbeitgeber und Versicherte zu zahlen. Jedoch ergriff Bismarck keine Maßnahmen für gesunde Arbeiter. Seine Begründung lag darin, dass man die Länge der Arbeitszeit oder die Festlegung von Mindestlöhnen dem Markt überlassen müsse, um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten.

7. Bismarcks Abdankung

1888 wird Wilhelm II. der neue Kaiser des Deutschen Reiches. Als junger und aufstrebender Mann suchte er nach einem „Platz an der Sonne“ und wollte eigenständig regieren. Bismarck hatte probiert mit seiner Außenpolitik den Status quo zu erhalten. Dafür hat er viele Bündnisse geschmiedet, wie z.B. das 3 Kaiserabkommen 1873-1879 mit Russland und Österreich, oder den Zweibund 1879 mit Österreich, welcher 1882 mit Italien zum Dreibund erweitert wurde. Im Gegensatz dazu strebte der neue Kaiser einen Platz an der Sonne an und wollte damit seinen „Weltherrschaftsanspruch“ gültig machen. So kam es unter anderem 1897/98 zu einem massiven Ausbau der Schlacht- und Großschiffflotte. Im Folgenden wird es zur Zeit des Imperialismus kommen, wo alle Landmächte expandieren wollen. Aufgrund dieses Gegensatzes und das er nicht mehr das Vertrauen des Kaisers besaß, reicht am 18. März 1890 Bismarck seine Entlassung ein.

8. Bismarck als Realpolitiker und geschickter Koalierer

Über Bismarcks Wirken und Schaffen schreibt der Historiker Lothar Gall folgendes:

„Die Bedeutung Bismarcks liegt darin, dass er über weite Strecken hin verbal auf die Vergangenheit, real, d.h. in seiner politischen Praxis, auf die Zukunft setzte. Was man heute den Prozess der Modernisierung einer Gesellschaft, eines Staates, einer Nation nennt, ist in entscheidender Weise mit seiner Person, mit seiner konkreten Politik und realhistorischen Konsequenzen, verknüpft: die nationale Einheit, welche zugleich wirtschaftliche, kulturelle, rechtliche, politische und, in viel begrenzterem Sinne, auch soziale Einheit und vor allem Vereinheitlichung, Überführung in neue, moderne Ordnungen war.“ (Lothar-Gall, Bismarck, Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. 1980, S. 726, bearb.)

Im Folgenden möchte ich auch Bismarck geschicktes Handeln durch die Koalitionen mit den verschiedenen Gruppen im Kabinett aufzeigen, die ihm stets die Umsetzung seiner Zielvorstellungen ermöglichten. Dies wird auch durch seine Meinung gegenüber den Parteien deutlich, wie er 1878 äußerte:

„Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat. Ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgültig.“ (Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 12, Berlin 1929, S. 12)

8.1 Bismarck und die Nationalliberalen

Zunächst möchte ich etwas über das Verhältnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen sagen. Die Nationalliberalen leisteten große Verdienste bei der Vereinheitlichung von Strukturen nach Bismarcks Vorstellungen (Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, Währung und Rechtswesens). Ebenso spielten sie beim Ausbau des Verkehrswesens, vor allem bei der Erweiterung des Eisenbahnnetzes, eine bedeutende Rolle. Da der Reichshaushalt ein Defizit aufwies, strebte Bismarck im Jahr 1878 eine Steuerreform an. Das Defizit sollte durch höhere Verbrauchssteuern, also der Einnahmequelle des Reiches, ausgeglichen werden. Doch dafür benötigte Bismarck eine Mehrheit im Reichstag. Die Nationalliberalen befürchteten, dass durch diese Erhöhung der Einnahmen die Bedeutung der Matrikularbeiträge³ der Länder vermindert werden würden und so das Geld, welches dem Parlament zur Verfügung stand, vermindert werden würde. Bismarck versuchte jedoch, die erforderliche Mehrheit mit Hilfe der Nationalliberalen zu bekommen. Er bot ihnen sogar ein Regierungsamt auf Reichsebene an. Jedoch wollte sich der Verhandlungsführer der Liberalen durch ein Entgegenkommen in der Steuerfrage und durch eine Ausdehnung der parlamentarischen Mitbestimmungsrechte bezahlen lassen. Er verlangte jedoch zu viel und die Verhandlungen scheiterten.

Die innerparteilichen Gegensätze der Nationalliberalen Partei traten mit Bismarcks Schutzzollpolitik hervor. Der rechte Flügel, im Wesentlichen Vertreter von Verbänden und Montanindustrie, traten für die Einführung von den Schutzzöllen ein. 1884 spaltete sich der linke Flügel ab und fusionierte noch im selben Jahr mit der „Deutschen Fortschrittspartei“ zur „Deutsch-Freisinnigen Partei“. Das Ziel dieser Partei war eine parlamentarische Monarchie. Die Regierung sollte dem Parlament verantwortlich sein. Die Eingriffe des Staates in die Gesellschaft sollten verhindert werden. Der rechte Flügel, die Nationalliberalen, unterstützten weiterhin Bismarcks Schutzzollpolitik, da die Montanindustrie durch die Schutzzölle einen wirtschaftlichen Schwung bekommen würde, da dann die inländische Industrie gefördert werden würde, und nicht die billigen Produkte aus dem Ausland gekauft werden würden.

8.2 Bismarck und die Konservativen

Nun zu der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Konservativen und der Zentrumsparlei. Am 19. Oktober 1878 forderten 203 von 397 Abgeordneten des Reichstags die Einführung der Schutzzölle. Bismarck erkannte die Möglichkeit, mit der Zusage dieser Schutzzollgesetze im Parlament eine Mehrheit aus Konservativen und Mitgliedern des Zentrums zu bekommen. Solange die Unternehmer und Großgrundbesitzer ihre Erzeugnisse im In- und Ausland gut verkaufen konnten, traten sie für den Freihandel ein. Als jedoch im Ausland die Produkte billiger erzeugt worden sind, setzten sich die Interessenvertreter aus Industrie und Landwirtschaft massiv für nationale Schutzzölle ein.

Bismarck war nun auf der Suche nach einer neuen Regierungsmehrheit, die gegen die Nationalliberalen, also gegen eine weitere Parlamentarisierung und Liberalisierung standhalten sollte. Nach dem Tod des alten Papstes Pius XI. 1878 kam es nun zu einer Verständigung mit dem neuen Papst Leo XIII.. Die Gesetze mit Eingriffen in die Kirche wurden eingestellt. Ludwig Windthorst, der parlamentarische Führer der Zentrums-

³ Finanzbeiträge der Länder zum Haushalt des deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1918 wurden als Matrikularbeiträge bezeichnet

partei nahm Verhandlungen mit Bismarck auf, ohne in Rom zu fragen. Bismarck gewann durch Zusagen zu den Schutzzollgesetzen und im Budgetrecht sowie einem Bekenntnis zum Föderalismus neben der Unterstützung der Konservativen auch die des Zentrums. Am 12. Julie 1879 beschloss der Reichstag mit Stimmen der Konservativen und des Zentrums die Abkehr vom Freihandel und die Einführung von moderaten Zöllen auf Agrarprodukte und andere Warengruppen.

8.3 Bismarck und die Sozialdemokraten

Das Verhältnis zwischen Bismarck und den Sozialdemokraten kann man hierbei sehr kurz fassen. Weil Bismarck sie von Anfang an als Reichsfeinde sah, da sie einen sozial-demokratischen Staat anstrebten, der seine Macht enorm schwächen würde, kam es zu keiner Koalition. Aufgrund dieser starken Kontroversen und der Angst vor dem Machtverlust wurde am 21. Oktober 1878 mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen im Reichstat das „Sozialistengesetz“ beschlossen, welches zum Versammlungs- und Presseverbot der SAPD führte. Jedoch waren die Maßnahmen nicht ganz erfolgreich, da sich die SAPD nun im Untergrund in viele kleine Parteien aufspaltete und dort Versammlungen abhielt.

9. Zusammenfassung



Abb.: Bismarck ohne Maske. In: Der wahre Jacob. 1879, www.payer.de/religionskritik/karikaturen10.htm

Bismarck war ein Politiker, der sein Ziel immer vor Augen hatte und immer „realistische“ Ziele anstrebte. Man könnte ihn zum einen als „konservatives Urgestein“ bezeichnen, da er vehement für den Erhalt der Monarchie eintrat und immer ein treuer Diener des preußischen Königs war. Er stellte die Ziele des Staates vor seine eigenen Ideale. Trotzdem entsprach seine Politik dennoch seinen konservativen Vorstellungen. Zum anderen strebte er einen deutschen Nationalstaat an. Meines Erachtens war er der „Katalysator für die äußere und innere Deutsche Einheit“. Äußerlich hat er den Deutschen Nationalstaat als Ergebnis seiner hervorragenden Außenpolitik zustande gebracht und innerlich hat er Deutschland durch Wirtschafts- und Sozialreformen geeint. Er hat die Monarchie gesichert und auch damit zur Inneren Einigung, Ruhe und Frieden verholfen. Auch kann man ihn zu Recht als „Realpolitiker“ bezeichnen. Politik war für ihn ein Kampf um Macht, wo sich derjenige durchsetzte, der seine Mittel am zweckmäßigsten einsetzte. Seine Ideale, Theorien und Prinzipien waren nicht vorrangig, sondern die Macht des Staates hatte oberste

Priorität. Denn Bismarck sprach vor dem preußischen Abgeordnetenhaus: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut“.

Quellen:

Buch: Zeiten Menschen (Geschichte Oberstufe)

Anno 8, 11-12

<http://www.plogmann.net/f/2/file.pdf>

<http://www.lsg.musin.de/geschichte/!daten-gesch/19jh/dtl-19-3.htm>

http://www.alstergymnasium-hu.de/content/Projekt-Geschichte/pics/zeittafel/wr_verfassung_1919.jpg

<http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/L%FCckentheorie.html>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Ultramontanismus>

<http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:http://geschichtsverein-koengen.de/Bismarck.htm>

http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_von_Bismarck#Sozialistengesetz_und_Schutzzoll

<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/index.html>